

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 112. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **15 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute haben wir Geburtstagskinder unter uns. **Geburtstag** feiern Herr Kollege Karl Schultheis – er wird 56 – und Herr Kollege Jürgen Unruhe; er wird 39 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, weise ich darauf hin, dass sich die Fraktionen inzwischen darauf verständigt haben, die **Tagesordnung** für morgen, Donnerstag, und übermorgen, Freitag, dahin gehend zu **ndern**, dass der Tagesordnungspunkt 7, „Land NRW torpediert Grundstücksübertragung auf den Flughafen Köln/Bonn“ Drucksache 14/8332 – Neudruck –, vom Donnerstag und Tagesordnungspunkt 8, „Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes“ Drucksache 14/8335, vom Freitag getauscht werden. Ich stelle keinen Widerspruch fest.

Darüber hinaus wurde zum heutigen Tagesordnungspunkt 4, „Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“ Drucksache 14/8176, vereinbart, entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung eine Debatte zu führen. Vereinbart wurde der Redezeitblock I. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 2. Januar 2009 mitgeteilt, dass Herr **Peter Weckmann** aus der Landesreserve-liste der SPD als Nachfolger des ausgeschiedenen Abgeordneten Harald Schartau mit Wirkung vom 2. Januar 2009 **Mitglied des Landtags** geworden ist. Ich bitte deshalb Herrn Peter Weckmann, zu mir zu kommen, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung vornehmen kann.

Ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und durch Handschlag zu bekräftigen.

Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.

Sehr geehrter Herr Weckmann, ich heiße Sie als neuen Abgeordneten in der 14. Wahlperiode herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer täglichen Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

(Peter Weckmann [SPD]: Herzlichen Dank! – Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7930

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8486

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8487

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8320

zweite Lesung
dritte Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds für die Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an den finanziellen Lasten des Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes (Abrechnungsfondsgesetz – AFoG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7940

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8485

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8338

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe als erster Rednerin Frau Walsken von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt 2008 ist das Dokument für das

finanzpolitische Versagen dieser schwarz-gelben Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Alle selbst gesteckten Ziele sind nicht erreicht. Noch nie musste ein Finanzminister so schnell alle seine Positionen aufgeben. Noch nie wurde ein Finanzminister so schnell von der Realität eingeholt. Und noch nie war die Kluft zwischen eigenem Anspruch – da war einmal der „eiserne Helmut“ – und eigenem Handeln so groß wie heute. Lassen Sie mich dazu nur drei Belege auswählen – es gibt sicherlich eine Fülle weiterer –, nämlich die Themenbereiche Schuldenabbau, Steuereinnahmen oder das Haushaltsvolumen.

Es ist wichtig, an den eigenen Aussagen gemessen zu werden. Deshalb haben wir uns die Mühe gemacht, eigene Aussagen des Finanzministers zu seinen finanzpolitischen Zielen anzuführen.

Ich beginne gerne mit dem Thema Schulden. Der Originalton von Herrn Dr. Linssen am 8. Dezember 2005: Wir müssen konsolidieren, weil das strukturelle Defizit des Landeshaushaltes ohne Gegensteuern ins Uferlose anwachsen würde.

Fakt ist: Wir haben heute einen eklatant hohen Schuldenstand, der eklatant hoch ist. Er beträgt zurzeit 118,9 Milliarden €. Als die Regierung damals die Amtsgeschäfte übernahm, hatten wir einen Schuldenstand von 106,8 Milliarden €.

(Widerspruch und Zuruf von der CDU:
Falsch!)

– Meine Damen und Herren, ich weiß, Sie mögen diese Zahlen nicht. Das ist ein Plus von über 12 Milliarden € seit Amtsübernahme von Schwarz-Gelb. Das macht deutlich, wo Sie heute stehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Außerordentlich interessant ist, wie der Finanzminister selber mit diesen Zahlen umgeht. So sagt er in seiner Pressekonferenz am 20. Januar – das ist kaum zu glauben –: Der Konsolidierungskurs der Landesregierung war erfolgreich.

Meine Damen und Herren, wenn das erfolgreich ist, wundert mich in diesem Hause gar nichts mehr. Wer so formuliert, hat offensichtlich völlig den Boden unter den Füßen verloren, oder er hat etwas zu verbergen. Denn klar ist: Die Verschuldung steigt, das Defizit wächst.

Der zweite Bereich: Schuldenabbau und Steuereinnahmen. Auch im Originaltext Dr. Linssen in seiner Pressemitteilung vom 30. Oktober 2006: Das Kabinett und die Fraktionen – gemeint sind natürlich CDU und FDP – haben bereits im Frühjahr 2006 beschlossen, alle zusätzlichen Steuereinnahmen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu verwenden.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Bis Ende 2008 hat es landesweit rund 7,4 Milliarden € mehr Steuern gegeben. Die Neuverschuldung im selben Zeitraum sinkt allerdings nur um 4,2 Milliarden €. Das heißt: Diese Landesregierung hat nur gut die Hälfte für die Reduzierung der Verschuldung eingesetzt. Versprochen war, alle Steuermehreinnahmen einzusetzen.

Wenn der Finanzminister seinen eigenen Worten treu geblieben wäre, hätte er sicherlich angesichts dieser Situation die Neuverschuldung deutlich zurückgeführt. Er hätte, wenn die Fraktionen ihrem Beschluss treu geblieben wären, alle Steuermehreinnahmen, wie damals in 2006 versprochen, nutzen müssen, um die Verschuldung zurückzufahren.

Meine Damen und Herren, mein Fazit lautet: Trotz guter Steuereinnahmen sinkt die Verschuldung nicht entsprechend. Im Gegenteil: Sie steigt weiter, nämlich auf 1,1 Milliarden € auch in 2008.

Wenn Sie glauben, es handele sich im Jahr 2008 um einen Ausrutscher, möglicherweise der Finanzkrise geschuldet, dann irren Sie. Seitdem diese Landesregierung im Amt ist, hat sie Jahr für Jahr versprochen, alle Steuermehreinnahmen in den Abbau der Nettokreditermächtigung, der Verschuldungsmöglichkeit zu stecken. Dieses Versprechen ist deutlich gebrochen. Denn es sind deutlich mehr Steuermehreinnahmen in den Kassen gewesen, als Verschuldungsmöglichkeiten abgebaut wurde.

Ich komme zum dritten Bereich, zum Haushaltsvolumen. Auch hier zunächst ein Originaltext, diesmal nicht nur aus der Feder von Dr. Linssen, sondern auch aus der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP von Juni 2005, Seite 13. Dort heißt es: „Unsere Ziele“ – gemeint sind Freie Demokraten und Christdemokraten – „sind die Reduktion der Neuverschuldung und die nachhaltige Rückführung“ – jetzt kommt es – „des ungebremsten Ausgabenanstiegs.“

Wenn Sie sich den Ausgabenanstieg ansehen, so erkennen Sie, dass von 2005 bis 2008 das Haushaltsvolumen deutlich gestiegen ist. Weder würden die Ausgaben begrenzt noch nachhaltig zurückgeführt noch ist ein Konsolidierungskonzept erkennbar.

Meine Damen und Herren, wenn man alle diese Punkte bewertet, stellt man fest:

Erstens. Alle Versprechen sind abgeräumt.

Zweitens. Die Chance zur Konsolidierung durch Steuermehreinnahmen ist vertan worden.

Herr Finanzminister, wer angesichts dieser Zahlen tatsächlich noch von einem guten Konsolidierungsergebnis spricht, kann entweder mit den Zahlen nicht umgehen oder er verbiegt sie wie der Uri Geller der Finanzpolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann gar nicht böse über die Rede sein. Wir haben eine typische Oppositionsrede gehört. Das muss sicherlich auch so sein. Mit der Realität in unserem Land hat sie allerdings ziemlich wenig zu tun gehabt.

(Beifall von der CDU)

Gemeinsam mit dem Finanzminister sind wir noch dabei zu überlegen, ob der Vergleich mit Uri Geller ein verstecktes Lob war, weil sie als Opposition kein offenes Lob aussprechen dürfen. Da Uri Geller in Deutschland insgesamt ein gutes Ansehen hat, haben Sie den Finanzminister damit endlich einmal gelobt,

(Lachen von Frank Sichau [SPD])

was die SPD wahrscheinlich nicht offen darf.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch Ihre Aufgabe!)

Ich freue mich über solch positive Entwicklungen. Denn bei Licht betrachtet ist dieser Nachtrag für das Jahr 2008 ein Dokument der Tragfähigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

angesichts sich entwickelnder Risiken. Wir werden in den nächsten Monaten natürlich noch über die finanziellen Folgen der richtigerweise zu treffenden konjunkturpolitischen Entscheidungen zu reden haben. Dann können wir froh sein, dass wir auf einem festen Fundament stehen, auf dem wir Risiken tragen können. Dieser Nachtragshaushaltsplan 2008 ist genau das Dokument für diese Tragfähigkeit.

Wir haben nämlich in den letzten Jahren bewiesen, dass es gelungen ist, in guten Zeiten Vorsorge zu treffen, sodass wir die Neuverschuldung –dabei rede ich, wie Kollegin Walsken eben auch, nur von der expliziten Neuverschuldung – bereits drastisch zurückgefahren haben.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Mit den Grundrechenarten haben Sie es nicht!)

Obendrein haben wir aber auch endlich einmal die Gesamtverschuldung dieses Landes angepackt, zu der natürlich auch die impliziten Bestandteile wie Pensionszusagen und anderes gehören. Dafür hat es in der Vergangenheit nie eine ernst zu nehmende Vorsorge gegeben. Auch an dieser Stelle haben wir angepackt und Vorsorge getroffen.

Während meiner Rede ist Frau Walsken schon einmal weggegangen, weil sie sie wahrscheinlich nicht vertragen kann.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich habe nur etwas getrunken! Ich war andauernd im Saal!)

Sie weiß ja, was jetzt kommt. In der Vergangenheit war das Problem, dass die Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen ständig schön gerechnet und die Einnahmen ständig viel zu hoch angesetzt wurden. Genau diese Praxis der alten rot-grünen Landesregierung hat uns doch in diese Misere hineingebracht.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich dann sehe, dass sich die SPD erdreistet, für das Haushaltsjahr 2009 mit diesem Unsinn der Vergangenheit weiterzumachen, indem uns einfach so, en passant, als Antrag vorgelegt wird, die Steuereinnahmen um 250 Millionen € zu erhöhen und schnell 117 Millionen € für Immobilienverkäufe beim BLB einzubuchen, muss ich sagen: Das sind doch alles Luftnummern. Die bringen uns weiter an den Rand des Ruins. Deswegen ist es gut, dass es dafür keine Mehrheit in diesem Haus gibt.

(Beifall von der CDU)

Die Realität sieht doch ganz anders aus;

(Gisela Walsken [SPD]: Das haben wir gerade gehört!)

das haben wir bei der Anhörung am 15. Januar 2009 noch einmal mitbekommen. Denn alle ernst zu nehmenden Experten in diesem Land bescheinigen, dass der Finanzminister mit seinem Kurs goldrichtig liegt und dass dieser Kurs ein erheblicher Vorteil für das Land ist.

Ich zitiere das finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut der Universität Köln: „Die Senkung der tatsächlichen Nettoneuverschuldung ist sehr zu begrüßen.“

Das RWI sagt:

Die Vorgehensweise einer vorsichtigen Haushaltsführung hat sich bewährt. Wenn Nachtrags Haushalte notwendig werden, um die Verwendung zusätzlicher Mittel festzulegen, ist dies allemal besser als im Nachhinein wegen fehlender Mittel den Haushalt nur noch mit neuen Schulden ausgleichen zu können.

Das ist eine positive Stellungnahme für die Politik von Helmut Linssen und gleichzeitig – Sie wissen das – eine nachträgliche desaströse Bewertung Ihrer alten Politik.

(Beifall von der CDU)

Ich will Ihnen noch ein weiteres Zitat nicht ersparen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat geschrieben:

Die von der jetzigen Landesregierung verfolgte Strategie einer vorsichtigen Kalkulation von Haushaltsfehlbeträgen gegenüber der tatsächlichen Nettokreditaufnahme ist ein Indiz für eine

intakte Haushaltsdisziplin und verstärkte Konsolidierungsanstrengung im Haushaltsvollzug.

Meine Damen und Herren, das sind die Kommentare, die für unsere Finanzpolitik zählen und die sie in das richtige Licht rücken. Für jeden Zuhörer ist klar, dass ein wenig Oppositionsgeklingel notwendig ist. Das kann aber zur Bewertung der Finanzpolitik dieses Landes nicht ernsthaft beitragen.

Dabei will ich es belassen. Möglicherweise können wir die Diskussion gleich noch mit einer Untermauerung fortsetzen, dass es auch sehr richtig ist, bei einem Punkt Vorsorge zu treffen, der überhaupt nicht in der Verantwortung der jetzigen Landesregierung liegt, nämlich bei der Entwicklung der Risiken.

Es ist aber richtig, dass wir einen Teil der Mehreinnahmen des vergangenen Jahres jetzt, wo es geht, in den Risikofonds für die WestLB stecken. Das ist im Jahr 2008 möglich, weil das Geld dafür da ist. Im Jahr 2008 sind diese Risiken aufgedeckt worden. Deswegen ist es periodenrichtig, in diesem Jahr mit dem Nachtragshaushaltsplan 2008 Vorsorge zu treffen.

Ich will aber noch einmal hervorheben: Die Risiken sind 2008 aufgedeckt, aber im Wesentlichen vor 2005 entstanden. Deswegen würde ich es begrüßen, wenn die Opposition ein bisschen mehr gemeinsame Verantwortung für die Lösung dieser Probleme empfinden

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das müssen Sie sagen! Bei Ihrer Vergangenheit!)

und nicht das sinnvolle Anpacken der Probleme auch noch ständig torpedieren würde. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Klein. – Für die Fraktion der FDP spricht nun die Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der ersten Lesung des vorliegenden Entwurfs eines dritten Nachtragshaushalts für das Jahr 2008 sind bis heute nicht einmal zwei Monate vergangen – zwei Monate, in denen sich die Finanzkrise noch weiter verschärft und auch die weltweite Stimmung in der Finanz- und der allgemeinen Wirtschaft weiter verschlechtert hat.

Gab es Ende November und Anfang Dezember noch Stimmen, die für das laufende Jahr von einem Nullwachstum der deutschen Wirtschaft ausgingen, so überschlugen sich augenblicklich die Prognosen mit negativen Ausblicken und einem Schrumpfen der deutschen Wirtschaft.

Staaten überall auf der Welt stützen ihre Finanzsysteme und versuchen mit unterschiedlichen Ansätzen, die schlimmsten Wirkungen der Wirtschaftskrise abzumildern. Die Talsohle ist nach fast allen Sachverständigeneinlassungen noch nicht erreicht. Die Experten gehen unisono davon aus, dass die Banken einen großen Teil der problematischen Bestände immer noch nicht offengelegt und noch in ihren Bilanzen haben.

Eine Umfrage von BaFin und Bundesbank unter 18 großen deutschen Banken, die Ende der vergangenen Woche veröffentlicht wurde, hat ergeben, dass diese allein von den „toxischen“ Asset Backed Securities, den verseuchten Anlagen, noch rund 305 Milliarden € in den Bilanzen haben. Davon waren zum Stand 30. September 2008 gerade einmal 23 % wertberichtigt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In dieser Situation soll man die Lage sicherlich nicht schlechtreden, aber man muss auch kein Hellseher sein – der wurde gerade schon verschiedentlich bemüht –, um zu wissen, dass das verloren gegangene Vertrauen unter den Banken nicht zurückkehren wird und damit der Weg für eine flüssige Zirkulation des Kapitalkreislaufs so lange nicht wieder offen sein wird, solange sich die Banken untereinander nicht über den Weg trauen.

Korrekturen an dem Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes sind aus unserer Sicht daher unumgänglich, da die Nutzung durch die Banken aufgrund zahlreicher Faktoren zu zögerlich ist, um tatsächlich zu einer wirksamen und wirklichen Stabilisierung des Finanzsystems zu kommen.

Der dritte Nachtragshaushalt, den wir heute verabschieden werden, steht ganz im Zeichen der Risikovorsorge für die Auswirkungen der Finanzkrise. Auch wenn wahrscheinlich bald weitere Schritte notwendig werden, hatten wir in Nordrhein-Westfalen unsere Landesbank, die WestLB, bereits abgesichert, als viele andere noch gar nicht an eine Krise glaubten und sich in Sicherheit wähnten.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Mit der Ausgliederung von risikobehafteten Wertpapieren mit einem Nominalwert von 23 Milliarden € und einer Risikoabsicherung von 5 Milliarden € haben wir erreicht, dass die WestLB heute nicht gut, aber vergleichsweise gut dasteht und für 2008 dank der Abschirmung sogar einen kleinen Gewinn ausweisen wird.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Zudem unternimmt die Bank das Bestmögliche, das Geschäftsmodell möglichst schnell neu auszurichten und den internen Kostenapparat zu reduzieren. „Katharsis“ titelte der Kommentar des „Handelsblatt“ vom Freitag vergangener Woche zu diesem Prozess und bewertet die Strategie der Eigentümer aus der Distanz als „ziemlich clever“.

Anders als die Grünen hat sich die FDP im Deutschen Bundestag außerdem nicht verweigert, als es darum ging, die Funktionsfähigkeit des deutschen Bankensystems insgesamt sicherzustellen, und dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz zugestimmt. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds hat bereits Wirkung gezeigt. Der Staat bringt damit zum Ausdruck, dass eine Systemkrise des Bankensektors verhindert werden soll.

Meine Damen und Herren, Korrekturen etwa bei den Laufzeiten der Hilfen, die jetzt nötig werden, um den Banken wieder eine mittelfristige Perspektive zu vermitteln, werden wir dabei genauso konstruktiv begleiten wie den bisherigen Prozess.

Der vorliegende Nachtragshaushalt erfüllt in erster Linie zwei Funktionen:

Zum einen stellt er die haushaltstechnische Abbildung von Minderausgaben und steuerlichen Mehreinnahmen dar, die sich im Haushaltsvollzug der letzten Monate des Jahres 2008 ergeben haben. Zum anderen werden diese positiven Effekte genutzt, um damit für die zuvor genannten Risiken vorzusorgen. Im schlimmsten Fall könnten auf das Land aus der Abschirmung bei der WestLB Lasten von rund 3,8 Milliarden € zukommen. Aus der Beteiligung an den späteren Kosten des Finanzmarktstabilisierungsfonds könnten wir mit 1,7 Milliarden € belastet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Vorsorge, die wir heute treffen, die wir aus meiner festen Überzeugung auch heute treffen müssen, ist der teilweise geäußerte Vorwurf, der Finanzminister, die Landesregierung oder die sie tragenden Fraktionen würden die Kassen zur Bedienung von sogenannten Wahlkampfgeschenken füllen, kaum an Absurdität zu übertreffen. Sowohl im Risikofondsgesetz für die WestLB als auch im Abrechnungsfondsgesetz für die Belastungen aus dem Finanzmarktstabilisierungsfonds, die wir heute in Verbindung mit dem Nachtragshaushalt diskutieren, ist ganz eindeutig, für jedermann verständlich und plausibel nachzulesen und dargelegt, dass die dort angesammelten Mittel einzig und allein zur Bedienung der Vorsorgeverpflichtung und möglicherweise sich realisierender Risiken verwandt werden müssen und keinesfalls für andere Zwecke.

Meine Damen und Herren, die Bildung von Rücklagen ist Ausdruck einer vorsorgenden und nachhaltigen Finanzpolitik. Jeder private Haushalt und jedes Unternehmen müssten sich an der Stelle des Landes genauso verhalten und Rücklagen für diese in der Höhe ungewissen, aber rechtlich begründeten Verpflichtungen in der Zukunft bilden. Dabei handelt es sich um ein grundlegendes Prinzip des Bilanzrechts.

Im Übrigen ist es auch gerade deswegen möglich, heute diese Rücklagen zur Risikovorsorge zu bil-

den, weil wir in den letzten drei Jahren große Erfolge bei der dringend notwendigen strukturellen Konsolidierung des Haushaltes erreicht haben. Haben wir 2005 noch eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden € als Erbe der rot-grünen Landesregierung übernommen, konnten wir diese – auch flankiert von der günstigen konjunkturellen Entwicklung; das will niemand verschweigen – bereits im Jahr 2006 auf 3,4 Milliarden € und im Jahr 2007 auf knapp 2 Milliarden € reduzieren.

Eine solche Absenkung der Neuverschuldung ist in der Geschichte Nordrhein-Westfalens bislang beispiellos. Und dass, obwohl auch Rot bzw. Rot-Grün Zeiten guter Konjunkturphasen hatten.

Am Dienstag der vergangenen Woche hat der Finanzminister in einer Pressekonferenz zudem den vorläufigen Jahresabschluss für das Jahr 2008 vorgestellt. Hätten wir nicht so viel Vorsorge vorgenommen – im gesamten Jahr 2008 sind es 1,29 Milliarden € –, hätten wir bereits im vergangenen Jahr einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 164 Millionen € realisieren können. Meine Damen und Herren, hätten wir diese Risikovorsorge, die Sie ja auf Bundesebene selber maßgeblich mit gefordert und gestaltet haben, hier im Land nicht bereits vollzogen, hätten wir bereits einen ausgeglichenen Haushalt – etwas, was Sie in Ihrer Zeit niemals geschafft haben!

(Beifall von FDP und CDU)

Aber auch mit einer Neuverschuldung, die wir leider immer noch verzeichnen müssen, von 1,13 Milliarden € haben wir den niedrigsten Wert der jährlichen Nettoneuverschuldung seit 1973 erreicht. Und Sie wollen doch nicht allen Ernstes behaupten, dass es seit 1973 nur konjunkturschwache Phasen gegeben habe, meine Damen und Herren.

Dies ist ein großartiger Erfolg und beweist, dass die Anstrengungen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch unsere Anstrengungen bei der Ausrichtung der Haushaltspolitik auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit erfolgreich sind. Zudem zeigt sich, dass das Ziel der FDP-Fraktion, möglichst schnell einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen, realistisch ist.

Sie werfen uns hier vor, wir sollten das Geld, das wir zur Vorsorge für auf das Land zukommende Risiken dem Fonds zuführen, besser einsparen, meine Damen und Herren. Ich möchte Ihnen dazu Folgendes an dem Beispiel der Legislaturperiode von 1995 bis 2000 vorhalten.

Die Steuereinnahmen sind von knapp 34 Milliarden € im Jahr 1995 – diesen Betrag konnten Sie verzeichnen – auf knapp 38 Milliarden € in den Jahren 1998 bis 2000 angestiegen. Das ist eine Steigerung von rund 12 %. Dagegen muss man die Entwicklung der Neuverschuldung halten. Sie stieg im gleichen Zeitraum von 3,1 Milliarden € auf 3,6 Milli-

arden € – im guten Jahr 2000. Das ist eine Steigerung von ungefähr 16 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, wenn Sie hier mit einem moralischen Anspruch ankommen, dann orientieren Sie sich bitte auch etwas gründlicher an Ihrer eigenen Geschichte! Sie haben unter Beweis gestellt, dass für Sie eine Konsolidierung des Haushaltes in guten Zeiten keine Rolle gespielt hat.

Wir ändern das. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger – insbesondere die jüngere Generation – eine Chance haben, wieder Gestaltungsspielräume zu bekommen. Dafür treffen wir Risikovorsorge und beseitigen die strukturellen Defizite im Landeshaushalt.

Von dieser Finanzpolitik, die sich auch in diesem Nachtragshaushalt abzeichnet, werden wir nicht abweichen. Deshalb werden wir dem Nachtragshaushalt auch zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute liegt immerhin der dritte Nachtrag zum Haushalt für das Jahr 2008 vor. Insofern könnte man den begründeten Anfangsverdacht hegen, dass wir jetzt eine äußerst aktuelle Diskussion führen und ganz aktuelle Zahlen vor uns liegen haben.

Wenn man in diesen Nachtragshaushalt schaut, stellt man aber zunächst einmal fest – so viel zum Thema: seriöser Kaufmann, seriöses Arbeiten –, dass darin entgegen den noch im Dezember 2008 vom Finanzminister vorgenommenen Ankündigungen keine Auswirkungen der Rücknahme der Streichung der Pendlerpauschale und auch keine Auswirkungen der Veränderung der Kfz-Steuer berücksichtigt werden. Beides zusammen macht rund 630 Millionen € aus. Die erste Feststellung lautet also: Aktualität nicht vorhanden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Wir reden über das Konjunkturpaket und darüber, wo unsere Wirtschaft steht, Frau Freimuth und Herr Klein. Zu dem Konjunkturprogramm und der Frage, was das Land selber machen kann, findet sich im Nachtragshaushalt allerdings nicht eine einzige Zahl – nichts, aber auch gar nichts.

(Beifall von den GRÜNEN)

Keine seriöse Leistung, überhaupt nichts! Denn seriös ist immer das, was angemessen ist, zeitnah ist und wirklich mit dem zu tun hat, was in der Wirk-

lichkeit draußen stattfindet, und nicht das, was Sie sich zusammenschreiben oder zusammendenken.

Drittens. Wenn man nachschaut und nachzuvollziehen versucht, warum Sie diesen dritten Nachtrag vorlegen, stellt man fest, dass dieser Nachtragshaushalt dem Grunde nach zwei Aufgaben hat: Erstens hat er die Aufgabe, die extrem guten Steuereinnahmen im Jahr 2008 nicht in einen Jahresüberschuss münden zu lassen. Zweitens hat er die Aufgabe, an den – wie ich meine; das werde ich gleich nachweisen – falschen Stellen vermeintliche Vorsorge zu treffen.

Warum sage ich Ihnen das? Mit dem Überschuss treffen Sie Vorsorge in erheblicher Höhe für die WestLB. Mit rund 900 Millionen € setzen Sie diese Vorsorge für die WestLB aber noch deutlich zu niedrig an. Die Kosten, die auf uns zukommen, werden am Ende – ich glaube, so werden wir das alle zusammen einschätzen, wenn wir seriös vorgehen – mindestens 3 Milliarden € betragen.

Ihre 900 Millionen € für die WestLB rechtfertigen sich alleine daraus, dass Sie ansonsten im Jahr 2008 einen Überschuss hätten. Sie rechtfertigen sich in keinsten Weise durch das, was tatsächlich geboten ist.

Ich möchte Ihnen das an einem zweiten Beispiel Ihrer sogenannten seriösen Vorsorge deutlich machen. Es sind im Haushalt 2008 358 Millionen € – wie Sie auf den Betrag gekommen sind, kann ich nicht nachvollziehen, aber es sind 358 Millionen € – von am Ende 1,7 Milliarden € für die Abrechnung aus dem Finanzmarktrettungsgesetz, die im Laufe des Jahres 2011 auf uns und die Kommunen zukommen, angesetzt.

Man könnte sich diesem Vorgehen nähern, wenn man sehen würde, dass Sie tatsächlich ein Muster der Vorsorge für die beiden Bestandteile, die ich gerade genannt habe, auch in das Jahr 2009 hineinbringen. Da wird es aber spannend: Wir haben ja in diesen Tagen auch die Debatte über den Haushalt 2009. Wenn man nachschaut, was denn von den 1,7 Milliarden für das Finanzmarktrettungspaket, die auf Nordrhein-Westfalen zukommen, in der Vorsorge für den Haushalt 2009 steht, dann findet man null Euro. Null Euro!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man nachguckt, was für die WestLB vorgesehen ist, für die Sie immerhin im ersten Entwurf 25 Millionen € hatten – einen geradezu wahnsinnig hohen Betrag in der Vorsorge –, dann findet man, dass er inzwischen durch Korrekturen, durch Ergänzungsvorlagen auf null Euro heruntergesetzt worden ist.

Das heißt, Ihre angebliche Vorsorge ist in beiden Fällen, nachgewiesen alleine an diesen Umständen, nichts anderes als eine Finanztrickserei für das Jahr 2008. Denn ansonsten müssten Sie im Jahr 2009

nach Ihrer eigenen Logik eine viel höhere Vorsorge treffen. Das tun Sie, wie ich Ihnen gerade nachgewiesen habe, nicht.

Meine Damen und Herren, worum geht es im Zusammenhang mit diesem Nachtragshaushalt? Ich sagte es am Anfang: Wenn wir uns seriös bewegen würden, dann müssten wir an dieser Stelle Geld in die Hand nehmen für ein eigenes Konjunkturprogramm des Landes und für eine ordentliche Kofinanzierung des Konjunkturprogramms für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, nämlich für die Dinge – wenn wir uns schon verschulden –, die uns zukunftsfähig aufstellen, die uns an den Stellen helfen, an denen wir Energie einsparen, an denen wir erneuerbare Energien nach vorne bringen, an denen wir Schulgebäude sanieren, an denen wir Kindergärten sanieren, an denen wir Hochschulen sanieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von alledem steht in Ihrem Haushalt, auch im Nachtragshaushalt, nichts. Sie setzen das fort im Haushalt 2009, bei dem Sie auch das Konjunkturprogramm nicht berücksichtigen. Sie berücksichtigen das nicht nur nicht, sondern Sie verzögern damit im Rahmen eines Nachtragshaushaltes, der die entsprechenden Beratungsvorgänge hat, auch die Auszahlung an die Kommunen in den nächsten Monaten, in diesem Jahr. Das heißt, Sie betätigen sich hier dem Grunde nach, wenn man das einmal zugespitzt formulieren will, nicht als Konjunkturmotor, sondern als Konjunkturbremse.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal, weil mir das am Herzen liegt, wenige Augenblicke das Augenmerk auf die Lage der Kommunen richten. Wer in diesem Jahr nicht schnell das Konjunkturprogramm bei den Kommunen auf die Räder bringt, wer das nicht schnell hinbekommt, der läuft Gefahr, dass die Kommunen in den nächsten zwei Jahren als Konjunkturmotor ausfallen. Das ist deswegen wichtig: Sie haben sich heute wieder der sogenannten Rückführung der Nettoneuverschuldung gerühmt. Eine Rückführung der Verschuldung war es ja sowieso nicht; es war eine Rückführung der Nettoneuverschuldung. Da muss erneut und immer wieder auf folgenden Umstand hingewiesen werden: Sie haben 8 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als wir.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben nicht nur 8 Milliarden € mehr Steuereinnahmen als wir damals, sondern Sie haben auch noch 1,2 Milliarden € strukturell – das ist die unterste Grenze – den Kommunen entzogen. Dann sind wir bei 9,2 Milliarden € in der Summe. Sie haben Ihre eigenen Investitionen, die des Landes, gerade einmal um 6 % gesteigert, und Sie haben die Neuverschuldung nur um rund 4 Milliarden € abgebaut. Das heißt, Sie liegen beim Abbau der Nettoneuverschuldung

über 5 Millionen € unter dem, was Sie an Steuermehreinnahmen haben und den Kommunen entzogen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist kommunalfeindlich!)

Das ist eine interessante Zahl. Wenn Sie sich vor diesem Hintergrund einer seriösen Arbeit rühmen, dann hat das in der Tat – da hat die Kollegin völlig Recht – etwas mit Voodoo-Ökonomie oder Voodoo-Haushalt zu tun.

Warum hängt das mit den Kommunen zusammen? Die Kommunen haben von Ihnen in den letzten drei Jahren nur einen geringen Teil dessen bekommen, was ihnen zugestanden hätte. Wenn wir in den nächsten Jahren – es ist ohne Zweifel so, dass sinkende Steuereinnahmen und erhebliche Mehrbelastungen, unter anderem auch durch Soziallasten, auf die Kommunen zukommen – diese Kommunen wieder belasten werden, dann ist jetzt dringend erforderlich, dass das Land in diesem Jahr wenigstens antizyklisch Geld in die Hand nimmt und zusammen mit dem Geld, das vom Bund kommt, dafür sorgt, dass das schnell bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen ankommt.

Von alledem finden wir weder in Ihrem Nachtragshaushalt noch im Haushalt 2009 nichts. Im Gegenteil: Sie spielen weiter das, was Sie die ganzen letzten Jahre gespielt haben. Sie spielen weiter einen Haushalt zwischen Glücksrittertum und Raubzug durch die kommunalen Kassen. So wird man der Aufgabe der Zukunft, diesem Land vernünftig zu helfen, nicht gerecht. Das muss an dieser Stelle gesagt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Becker. – Für die Landesregierung spricht nun der Herr Finanzminister. Herr Dr. Linssen, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten – nur zur Erinnerung – den dritten Nachtrag des Haushalts 2008. Ich habe in 28 Jahren Landtagsarbeit schon viele Haushaltsreden gehört: mal intelligente, mal weniger intelligente – aber so unterirdisch, wie Sie heute, Frau Walsken, geredet haben, das habe ich noch nie erlebt.

(Beifall von der CDU)

Man nimmt Sie, Frau Walsken, nicht mehr ernst, weil Sie nämlich die Realität nicht mehr zur Kenntnis nehmen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das gilt für Sie, Herr Minister! Der eiserne Helmut!)

Wer die Realität nicht zur Kenntnis nimmt, kann auch nicht die richtigen Konsequenzen ziehen und redet so, wie Sie hier geredet haben.

Meine Damen und Herren, Frau Walsken meinte es nötig zu haben, über die Schulden zu reden. Sie erklärt, dass wir noch nie so viel Schulden gehabt haben wie zurzeit. Ja, das stimmt. Ich darf Ihnen vielleicht einmal sagen, wie sich das entwickelt hat.

Sie haben uns bei Ihrem Abgang 112,2 Milliarden € Schulden hinterlassen. Sie haben heute von 106 Milliarden gesprochen.

(Gisela Walsken [SPD]: 106,8 Milliarden!)

Das war eine Momentaufnahme zum 30.06.2005, die Sie zitieren. Der Haushalt war in Ihrer Verantwortung. Er war im ersten Nachtrag in Ihrer Verantwortung. Alle dort enthaltenen getürkten Zahlen, die wir Ihnen im Einzelnen sowohl in den Debatten 2005 als auch heute zum Teil durch den Kollegen Klein vorgeführt haben, wurden von uns in einem zweiten Nachtrag korrigiert, sodass die Schulden 112,2 Milliarden € betragen.

Wir haben jetzt, nach drei Haushaltsjahren, ein Ist von 116,5 Milliarden € Dazu – das sage ich Ihnen gleich – müssten Sie eigentlich die Kassenkredite hinzurechnen, sodass sich die Zahl sicherlich etwas erhöhen würde. Es wird nicht die Zahl sein, die Sie hier zitiert haben. Vielleicht nehmen Sie doch noch einmal all unsere Zahlentabellen, die wir vorlegen und bisher unbestritten sind, und versuchen, sich an denen abzuarbeiten, um dann hier korrekt vorzutragen.

(Gisela Walsken [SPD]: Der Applaus wurde vergessen!)

Meine Damen und Herren, Frau Walsken hat auch über Steuermehreinnahmen gesprochen. Auch dazu haben wir Ihnen die verschiedenen Tabellen vorgelegt. Ich will Ihnen vortragen – das habe ich bereits öfter getan –, dass wir in den Jahren 2006, 2007 und 2008 insgesamt 7,4 Milliarden € mehr Steuereinnahmen hatten. Von diesem Mehr haben wir 1,383 Milliarden € mehr an die Kommunen gegeben. Somit blieben 6,033 Milliarden € an Steuermehreinnahmen. Die Nettoneuverschuldung wurde um 5,531 Milliarden € gesenkt.

Wir haben also 91,7 % der Steuermehreinnahmen für die Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwendet. Das ist noch nie erreicht worden. Das haben Sie in all Ihren Zeiten nie geschafft. Das ist einzigartig und dank der Disziplin der Regierungsfractionen hier möglich geworden.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Applaus hält sich in Grenzen!)

Sie haben auch über Ausgabevolumina gesprochen; das ist interessant. Wenn Sie mehr Bundesmittel bekommen, steigt das Ausgabevolumen, weil Sie diese Mittel durchreichen. Wenn Sie mehr EU-

Mittel bekommen, steigt das Ausgabevolumen, weil Sie mehr durchreichen. Wenn Sie mehr in die Versorgungsfonds und in die Absicherung für Finanzmarktrisiken stecken, dann steigt das Ausgabevolumen. Ich glaube, dass man diesbezüglich ein bisschen differenzierter vorgehen müsste, als Sie es hier getan haben, Frau Walsken.

Herr Becker, es lohnt sich, sich zumindest mit Ihren Argumenten auseinanderzusetzen – im Gegensatz zu den Argumenten der Oppositionsrednerin der SPD.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir lassen uns nicht auseinanderbringen!)

Sie haben hier erklärt, dass wir Aktualität vermissen lassen. Wir haben uns in der Regierungskoalition darauf verständigt, diesen Nachtrag und den Haushalt 2009 ganz schnell zu verabschieden, also am 11. Februar, um das Konjunkturpaket I schnell durchfließen zu lassen und vor allem die vorläufige Haushaltsführung, die wir bei Ihrer Methode weiter durchführen müssten, zu beenden, damit die Kommunen nicht immer nur ein Zwölftel zugeteilt bekommen bzw. alle Ausgabepositionen nur mit einem Zwölftel bedacht werden. Wir wollen vielmehr, dass alles sofort durchlaufen kann.

Wir werden selbstverständlich das Konjunkturpaket so schnell wie irgend möglich umsetzen. Wir werden sicherlich auf die Opposition zukommen, um ein beschleunigtes Verfahren zu erreichen. Da können Sie dann zeigen, ob Sie es wirklich ernst meinen.

Ich bin von der SPD wegen der Kürzung der Steuereinnahmen um 700 Millionen € in der ersten Ergänzung zum Haushaltsentwurf 2009 gerügt worden. Das sei viel zu hoch gewesen. Sie hat als Deckungsvorschlag hier Steuermehreinnahmen eingebracht.

Meine Damen und Herren, Herr Becker, jetzt beklagen Sie, dass die 500 Millionen € für die Pendlerpauschale nicht enthalten sind. Die werden wir bis April sicherlich ausgezahlt haben. Aber wenn Sie überlegen, dass ich bei dem Steueransatz in der ersten Ergänzung, unter den Kautelen, die damals geherrscht haben, sicherlich auf der vorsichtigen Seite war, werden wir damit, so glaube ich, keine Schwierigkeiten haben.

Sie haben fehlende Aktualität beim Konjunkturpaket II, das gestern im Kabinett in Berlin verabschiedet worden ist und hoffentlich am 20. Februar durch den Bundesrat geht, beklagt. Sie müssen wenigstens die Bundesratsentscheidung abwarten, Herr Becker. Sie wollen natürlich den Eindruck erwecken, das all das bei Ihnen ein bisschen schneller gehen würde.

Sie haben wenigstens zugegeben, dass wir durch die Vorsorge den dritten Nachtrag und damit den Haushalt des Jahres 2008 nicht in einem Über-

schuss münden lassen. Das ist zumindest die Erkenntnis, dass wir sonst einen Überschuss von 164 Millionen € gehabt hätten. Wissen Sie, dass es einen Überschuss hier das letzte Mal vor 35 Jahren gegeben hat?

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das bleibt auch so!)

Das ist der sensationellste Abschluss, den ein Finanzminister hier seit 35 Jahren vorgelegt hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann sprechen Sie über die WestLB-Risiken. Sie haben gerade vorgetragen, dass wir den Ansatz von 25 Millionen € in 2009, den Sie als zu gering beklagen, auf null gesetzt haben. Ja, das haben wir getan, weil wir in 2008 über den zweiten und dritten Nachtrag insgesamt 931 Millionen €

(Horst Becker [GRÜNE]: Von 3 Milliarden €)

in die Vorsorge für die WestLB-Risiken gesteckt haben. Ich denke, dann durften wir auf die 25 Millionen € in 2009 verzichten.

Wir haben für das Finanzmarktstabilitätsgesetz-Risiko 358 Millionen € eingestellt. Da haben Sie gesagt: Das Risiko beträgt doch maximal 1,7 Milliarden €. Wie kommt ihr denn dazu? – Ja, wir wollen jedes Jahr versuchen, mehr in diese Risikovorsorge zu stecken. Das wird im Jahre 2009 nicht gelingen – auch das sage ich Ihnen gleich –, weil wir ganz andere Konjunkturrisiken zu bedienen haben.

Und wenn Sie fragen, warum es gerade 358 Millionen € sind, dann sage ich Ihnen: Es ist – das wissen Sie aber auch – folgendermaßen aufgeteilt: 70 % für WestLB-Risiken, 30 % für Finanzmarktstabilitätsgesetz-Risiken. Das hängt einfach damit zusammen, dass die maximalen Risiken in dem einen Fall 3,7 Milliarden € – nicht 3 Milliarden €, wie Sie gesagt haben – ausmachen, und in dem anderen Fall sind es 1,7 Milliarden €. Es ist also insgesamt sehr korrekt und nachvollziehbar vorgegangen worden.

Meine Damen und Herren, wir haben von 2005 bis zu diesem Nachtrag 2008 die Nettoneuverschuldung der Jahre 2003, 2004 und 2005, die jeweils 6,6 oder 6,7 Milliarden € betrug, nun auf 1,1 Milliarden € heruntergebracht. Wenn Sie die Vorsorge herausrechnen, hätten wir einen Überschuss von 164 Millionen €.

Wissen Sie, als Opposition kann man natürlich dauernd irgendwo dran mäkeln. Aber zu diesem offensichtlich exzellenten Nachtrag 2008 haben Sie selber gesagt, Herr Becker: Wir hätten sonst einen Überschuss. Das hat es hier seit 35 Jahren nicht mehr gegeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Gehen Sie doch einfach hin und sagen: Ihr habt es mal gut gemacht. Ansonsten seid ihr natürlich Flaschen, aber dies habt ihr mal richtig gut gemacht!

(Beifall von Dr. Wilhelm Droste [CDU])

Das wäre ehrlich, überzeugend, und dann würden Sie als Opposition vielleicht auch an Reputation gewinnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Linssen. – Für die SPD spricht noch einmal Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, ich weiß nicht, ob das guter Stil ist, in die Kiste der Diffamierung zu greifen, wenn man an seinen eigenen Aussagen, an seinen eigenen Zahlen gemessen wird.

(Beifall von der SPD – Och-Rufe von der CDU)

Ich brauche auch Ihr Mitleid nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen; da reicht mein Selbstbewusstsein aus. Aber es ist einfach eine Frage des Stils und des Niveaus.

Herr Finanzminister, ich bin sehr sicher, dass Sie in Ihrem parlamentarischen Leben noch nie einen Satz so bereut haben wie den, den Sie hier im Parlament zur Einbringung des Nachtrags 2006 zum Schuldenstand, den Sie von Rot-Grün übernommen haben, formuliert haben – ich zitiere –: „Schuldenstand zum 30. Juni 2005 mit 106,8 Milliarden ...“ Diese Zahl haben Sie selber hier an diesem Rednerpult diesem Parlament als „Übernahmezahl“ von Rot-Grün mitgeteilt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja! Nachlesen!)

Ich bin sicher, Herr Finanzminister, Sie sind noch heute sauer darüber, dass Sie das damals getan haben. Denn dann folgte als Ihre erste Amtshandlung ein Aufblähen dieser Schulden. Was war Sinn des Ganzen? Warum haben Sie das getan?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Entgegen den Versprechungen vorher!)

Sie waren der Meinung, das kann man Rot-Grün noch mit anhängen. Deshalb bereuen Sie den Satz, mit dem Sie damals dem Parlament eine andere Zahl als die, auf die Sie sich heute gerne berufen, mitgeteilt haben. Das ist Ihr Problem, das Sie uns nicht anzuhängen brauchen!

(Beifall von der SPD)

Wenn man sich den Schuldenstand bis zum Datum 31.12. ansieht, bleiben 12,1 Milliarden € plus. Wer diese Zahl als gutes Ergebnis darstellt, muss aus meiner Sicht seinen Sessel als Finanzminister räumen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie gleichzeitig schauen, was Sie mittlerweile an Steuermehreinnahmen im Landeshaushalt verbucht haben, wissen Sie – die Zahlen sind alle genannt –: Sie haben Ihr Versprechen, alle Steuermehreinnahmen in den Abbau von Verschuldung umzusetzen, gebrochen, Herr Finanzminister. Das werden Sie sich von der Opposition mindestens bis zum Ende Ihrer Amtszeit anhören. An dieser Stelle taugt nicht die Diffamierung, sondern der Blick in die eigenen Reden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU spricht nun Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit wir keine Geschichtsklitterung betreiben, Frau Walsken: Heute ist der Tag der Abrechnung für das Jahr 2008. Sie haben als Cassandra das ganze Jahr den Untergang des Abendlandes gepredigt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie arbeiten daran! – Gisela Walsken [SPD]: Sie setzen es um!)

Was zeigt sich heute? Wir haben den erfolgreichsten Finanzminister mit dem besten Jahresabschluss nicht nur seit 35 Jahren, wie er gesagt hat, sondern seit über 40 Jahren:

(Beifall von der CDU)

rund 1 Milliarde € Einsparungen gegenüber der Veranschlagung und 240 Millionen € zusätzliche Steuereinnahmen. Dieses Verhältnis zwischen Einsparungen und Steuermehreinnahmen macht den Willen und die Kraft der Koalition aus CDU und FDP zur Haushaltskonsolidierung mehr als deutlich.

Anders als sämtliche Vorgänger seit 1966 hat dieser Finanzminister niemals wohlfeile Versprechungen in die Welt gesetzt. Er hat geschwiegen, aber dennoch eisern und konsequent gehandelt und konsolidiert. Ohne die Vorsorge des Landes für künftige Haushaltsjahre, wie sie die Finanzmarktkrise jetzt erforderlich gemacht hat, hätten wir 2008 wieder einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 164 Millionen € erzielt, erstmals – ich betone es nochmals – seit mehr als 40 Jahren.

Gemessen an der Nettoneuverschuldung in Höhe von 6,7 Milliarden €, die wir 2005 nach der Abwahl Ihrer Regierung vorgefunden haben, ist der Haushaltsausgleich nach nur dreieinhalb Jahren ein grandioses Ergebnis der Koalition der Erneuerung.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Jöh!)

So etwas habe ich noch in keinem anderen Bundesland erlebt. Wo immer Sie beteiligt waren, so etwas können Sie nicht vorweisen.

(Zuruf von der SPD: Steuermehreinnahmen!)

Dafür möchte ich unserem Finanzminister Dr. Helmut Linssen namens der Koalitionsfraktionen an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Walsken, während der Finanzminister bewiesen hat, dass er es kann, haben Sie in der letzten Woche endgültig den finanzpolitischen Offenbarungseid geleistet. Sie haben Anträge gestellt, die Steuermehreinnahmen in Höhe von 400 Millionen € beinhalten: konjunkturbedingte zusätzliche Steuermehreinnahmen. – Haben Sie eigentlich den Schuss, der im letzten Jahr losgegangen ist, nicht gehört? Wie können Sie so einen Unsinn in die Welt setzen?

(Beifall von der CDU)

Sie haben Ihr ganzes Wunschbouquet, was Sie den Leuten im Land versprechen wollen, mit Mehreinnahmen gegenfinanziert, indem Sie Tafelsilber des Landes verkaufen wollen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist sonst Ihr Job!)

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb verfügt nach wie vor über Immobilien, die lukrativ veräußert werden können. – Auf welchem Stern leben Sie denn? Zu sagen, Immobilien können lukrativ veräußert werden, ist doch wohl das Allerletzte!

(Beifall von der CDU)

Den Rest der Deckung – das waren genau 185.297.700 € – erwirtschaften Sie durch Zinsminderausgaben. – Wir haben doch Darlehensverträge abgeschlossen. Was soll dieser Unsinn, mit Zinsminderausgaben Haushaltsdeckung zu betreiben?

Das sind nur ein paar Beispiele – meine Redezeit ist zu Ende –, die deutlich machen, wie sehr Ihre haushaltspolitischen Ansätze auf Sand gebaut sind. Sie versprechen allen alles und können nichts halten. Wir haben eine solide Haushalts- und Finanzpolitik gemacht. Darauf sind wir stolz, und ich bin froh, dass die Menschen im Lande Ihre unsolide Haushaltswirtschaft abgewählt haben. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Weisbrich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht noch einmal Herr Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Ich würde gerne noch einmal, Herr Finanzminister Linssen, kurz auf Sie

eingehen, aber auch auf das, was Herr Weisbrich gesagt hat.

Zunächst einmal: Herr Linssen, ich habe nicht kritisiert, dass Sie 358 Millionen € als Vorsorge für den Finanzmarktrettungsfonds eingesetzt haben, sondern ich habe kritisiert, dass Sie nicht stattdessen angepasst diesen Beitrag als Konjunkturmittel eingesetzt haben – die sind nämlich jetzt nötig –, und ich habe kritisiert und darauf hingewiesen, dass Ihre Haltung, das sei eine besonders seriöse Strickart des Haushalts 2008, also des Nachtragshaushalts, deswegen schon nicht stimmen kann, weil Sie ja in der Logik auch Rückstellungen in 2009 hätten einstellen müssen. Das machen Sie genau nicht.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Keinen Cent in 2009, es bleibt bei den 358 Millionen € von 1,7 € bis 2011. Genau das spiegelt sich bei der WestLB wider. Wenn Sie 3,7 Milliarden € oder 3 Milliarden € – darauf kommt es gar nicht mehr an – als Lasten haben, dann kommen Sie jedenfalls mit 900 Millionen € plus Null in 2009 nicht sehr weit. Das ist absehbar. Insofern sind Sie nicht seriös, sondern Sie haben Finanztrickserei begangen, und zwar in einer Art und Weise, bei der Sie sich nicht den Dingen gestellt haben, die nötig gewesen wären.

Wenn Sie sich rühmen, dass Sie ansonsten mit einem Plus von etwas über 100 Millionen € im Haushalt abgeschlossen hätten, dann darf ich Ihnen den Hinweis geben: Allein das, was Sie den Kommunen bei der Grunderwerbsteuer, weggenommen haben, ist höher. Denn das sind 180 Millionen € jährlich!

Ich könnte das jetzt mit der Krankenhausfinanzierung, mit dem heimlichen Absenken des Verbundsatzes, den Schülerbeförderungskosten und allem Möglichen fortführen.

Wenn Sie sich also rühmen, dann rühmen Sie sich einer Scheinsolidität, die in Wahrheit nicht stattfindet, sondern Sie haben sich das Geld woanders geholt. Und Sie haben die Schulden eben nicht in dem Ausmaß abgebaut, wie Sie es vorgegeben haben, sondern Sie haben Steuermehreinnahmen in beträchtlicher Höhe und einen Raubzug durch kommunale Kassen noch nicht einmal 1:1 in die Rückführung der Nettoneuverschuldung umgesetzt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Jetzt hat Herr Abgeordneter Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Bis vor Kurzem hat man hier in Nordrhein-Westfalen immerhin noch eine karge „Linssensuppe“ bekommen, mittlerweile muss man feststellen: Der Teller ist ganz leer.

Wenn man sich einmal Titel von Zeitungen und Zeitschriften dieser Woche ansieht – ich habe Ihnen spaßeshalber den „Spiegel“ mitgebracht: „Wann ist der Staat eigentlich pleite?“ –, dann ist das ungefähr die Debatte, die wir im Augenblick hier in Deutschland haben.

(Zurufe von der CDU)

Das ist die Debatte, die wir hier im Augenblick haben. Das böse Wort „Staatsbankrott“ konnte man gestern auch im „Handelsblatt“ lesen – übrigens keine des Linksdriftenden verdächtige Zeitschrift hier in Deutschland. Das „Handelsblatt“ redet von Staatsbankrott.

Sie aber reden hier von Haushaltskonsolidierung. Also, eine größere Lachnummer hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen habe ich seit Langem nicht mehr gehört.

Wenn man diese Verschuldungstheorien von Ihnen hört, dann ist es echt schon ein Witz. Einerseits redet der Finanzminister von 112 Milliarden € Anfangsbilanz von Rot-Grün, der wirtschaftspolitische Sprecher Weisbrich redet von 106 Milliarden €. Was gilt denn da eigentlich? Offensichtlich haben Sie hier milliardengroße klaffende Lücken, was schon die Situation von damals anging. Mittlerweile aber muss man feststellen: Die Lücken sind noch viel, viel größer geworden.

Und es ist schon extrem witzig, wenn man hier vor allem die Traumtänzerin Freimuth von der FDP mit den Worten hört, die WestLB sei gut abgesichert. – Eine größere Lachnummer gibt es ehrlich gesagt kaum noch. Gestern haben wir noch in allen Zeitungen lesen können, „80 Milliarden neue Risiken sind aufgetaucht!“, und von der „Zerschlagung der WestLB“ ist mittlerweile die Rede. Da stellt die sich hier hin, diese Frau Freimuth, die Traumtänzerin der FDP, und sagt: Die WestLB ist gut abgesichert. – Ehrlich gesagt: Man kann sich nur noch wundern.

Es ist sehr vernünftig, wenn der Westfälische Sparkassen- und Giroverband angesichts der neuen Risiken – 4 Milliarden € stehen im Augenblick als Absicherung im Raum, neue 4 Milliarden; 5 Milliarden Absicherung haben wir ja schon bewilligt – erklärt: Die Kuh steht quer im Stall – so heißt es im Westfälischen –, nämlich angesichts dessen, was allein bei der WestLB passiert.

Wir haben eine Bilanz des Scheiterns. Agieren mit ungedeckten Schecks, das ist Ihre Politik. Wir haben einen Schuldenberg statt sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. Das ist Ihre Politik, die Sie hier machen.

Auch zum Konjunkturprogramm II will ich Ihnen etwas aus der Zeitung zitieren – von gravierenden Buchungstricks ist dort die Rede –:

Viele Risiken sind im Bundeshaushalt nicht „eingepreist“. Dort finden sich nur jene Kosten, die durch die Konjunkturpakete und die Wirtschafts-

flaute entstehen – die Milliarden für die Bankenrettungen fehlen. Sie sind in einem Sonderhaushalt beim Bankenrettungsfonds SoFFin geparkt.

Genau dasselbe haben Sie jetzt auch hier mit der WestLB vor. Das ist Ihre Politik, die Sie hier machen. Das ist Ihre Politik, die Sie hier machen: mit ungedeckten Schecks. Eine Bilanz des Scheiterns kann man hier konstatieren. Von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit ist hier schon lange nicht mehr die Rede. Nicht mal eine karge „Linssensuppe“; der Teller ist mittlerweile völlig leer.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Jetzt hat noch einmal der Finanzminister um das Wort gebeten.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Wort noch zu Ihnen, Herr Becker.

Sie haben versucht, mangelnde Seriosität bei mir daran festzumachen, dass wir die Vorsorge nach Finanzmarktstabilitätsgesetz, die jetzt mit 358 Millionen € geschaffen wurde, und die für die WestLB, die jetzt mit 931 Millionen € etatisiert ist, nicht weiter in 2009 fortgesetzt haben. – Ja, wir können sie nicht weiter fortsetzen. Wir glauben, dass wir für die Risiken, die in den Jahren 2009 und 2010 eventuell schlagend werden könnten, soweit man das jetzt absehen kann, gut Vorsorge getroffen haben.

Wir müssen den Haushalt 2009 nutzen, um vor allen Dingen die Begleitung der Konjunkturpakete I und II seitens der Bundesregierung durchzufinanzieren. Sie wissen, welcher Gewaltakt das ist.

Ich vermute, dass Sie dann auch Gelegenheit nehmen werden, die exorbitante anwachsende Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen zu kritisieren.

Ja, das ist der Situation geschuldet. Ginge es nach Ihnen, Herr Becker, würde es noch ein bisschen flotter gehen. Ginge es nach der SPD, hätten wir alleine für die kommunale Szene alleine schon 5,3 Milliarden € übernommen.

Ich komme zu dem kommunalen Teil und dem „Raubzug durch die kommunalen Kassen“, den Sie vorgeführt haben und immer wieder anprangern: Ja, wir haben im Jahre 2006 für viele Gruppen der Gesellschaft enorme Belastungen vornehmen müssen, um von der exorbitanten Verschuldung zu Ihrer Zeit in Höhe von 6,7/6,8 Milliarden € pro Jahr herunterzukommen. Ja, das haben wir getan.

Wir haben damals ganz ausdrücklich erklärt: Auch die kommunale Seite wird ihren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts leisten müssen, weil sich ihre Situation während der letzten 20 Jahre

gegenüber der Situation des Landes wesentlich besser entwickelt hat.

(Horst Becker [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich darf diesen Gedankengang zu Ende führen. Dann gehe ich gerne auf Ihre Meldung ein.

Wir haben im Jahre 2007 die von Ihnen hier vorgebrachten Kürzungen vorgenommen. Ja, bei der Grunderwerbsteuer! Ja, bei der Krankenhausfinanzierung! Das konnten wir machen, weil sich die Situation gut entwickelt hat.

Allerdings darf man nicht vergessen: Die Kommunen haben zu Zeiten Ihrer glanzvollen Regierung im Jahre 2005 6,75 Milliarden € erhalten, im Jahre 2008 jedoch wurden durch diese Landesregierung 8,13 Milliarden € an sie weitergeleitet und werden im Jahre 2009 8,548 Milliarden € in die kommunalen Kassen fließen. Das ist eine enorme Kraftanstrengung des Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie können sagen: Das steht den Kommunen zu. Aber Sie werden uns hier nicht nach dem Motto vorführen können, dass wir einen Raubzug durch die kommunalen Kassen planten. Wenn wir das Konjunkturpaket II umsetzen, werden Sie erkennen, dass diese Regierung zu den kommunalfreundlichsten Regierungen zählt, die wir je in diesem Lande hatten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Sie wollten noch eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Becker zulassen. – Bitte schön, Herr Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Danke, Herr Linssen! Danke, Herr Präsident! Nachdem Sie den Sachverhalt so ausgeführt haben, wie Sie ihn ausgeführt haben, möchte ich Sie zugespitzt fragen: Müsstens Sie uns nicht recht geben, dass Sie – auch wenn der Anteil in absoluten Summen so hoch war, wie Sie ihn beschrieben haben; das gilt auch für den Landesanteil an den Steuern – an die Kommunen prozentual weniger ausgezahlt haben als die Vorgängerlandesregierung? Der entscheidende Punkt ist nämlich die Frage nach den Prozentanteilen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Lieber Herr Becker, auch Sie haben in den Jahren Ihrer Regierungszeit ab dem Jahre 1995 reagiert. Schauen Sie sich die GFGs an. Wir zum Beispiel haben alle Befrachtungen heruntergenommen. Wir haben nur noch die Sportpauschale, die Schulpauschale und die Investitionspauschale in diesem Gesetz. Gerade durch die Umstellung haben wir den Kommunen

einen enormen Dienst erwiesen. Sie partizipieren jetzt an den tatsächlichen Steuereinnahmen. Sie wissen, was Sie allein in den Jahren 2004/2005 kreditiert haben und im Jahre 2006 zur Abrechnung kam. Die Kommunen waren durch Ihre Art der Finanzierung sehr geschädigt. – Ich bedanke mich.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister! Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kann ich die Beratung sowohl zum Dritten Nachtragshaushalt als auch zum Abrechnungsfondsgesetz schließen.

Wir haben zunächst über Änderungsanträge abzustimmen.

Es gibt einen **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der **Drucksache 14/8486**. Wenn ich es richtig sehe, wird dieser Änderungsantrag gerade verteilt. Er liegt noch nicht allen vor, oder?

(Zurufe von CDU und FDP: Doch! – Widerspruch von der SPD)

– Die SPD-Fraktion hat ihn nicht. Deshalb lese ich jetzt den Änderungsantrag, nicht aber die Begründung vor, die in den Debattenbeiträgen ja schon vorgetragen worden ist. Es geht um den Einzelplan 20 und die Allgemeine Finanzverwaltung, dort um das Kapitel 20 610 „Kapitalvermögen“ und dort wiederum den Titel 634 00, Zuweisungen an das Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“. Der Ansatz soll von 931 Millionen € um 406 Millionen € auf 525 Millionen € reduziert werden. Der Haushaltsansatz im Jahre 2007 lag bei null.

Die Begründung dazu trage ich im Einzelnen bitte nicht vor, weil das zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde. – Wissen jetzt alle, worüber wir abstimmen? – Dann kommen wir zur Abstimmung:

Wer diesem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit der großen Mehrheit des Hauses **abgelehnt** worden.

Meine Damen und Herren, wir stimmen jetzt über den **Änderungsantrag Drucksache 14/8487** – ebenfalls ein Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen – ab. Dieser Änderungsantrag ist, glaube ich, noch gar nicht verteilt worden.

(Zurufe von CDU und FDP: Doch! – Widerspruch von der SPD)

– Die SPD-Fraktion hat ihn noch nicht. Wir werden also genauso verfahren wie eben:

Es geht um den Dritten Nachtragshaushalt, den Einzelplan 20 „Allgemeine Finanzverwaltung“, das Kapitel 20 610 „Kapitalvermögen“ und den Titel 634 10, Zuweisungen an das Sondervermögen „Abrechnung Finanzmarktstabilisierungsfonds“. Hier soll der Ansatz von 358.532.800 € im Jahr 2008 um 406 Millionen € auf 764.532.800 € erhöht werden.

Meine Damen und Herren, über diesen Antrag möchte ich gerne abstimmen lassen. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die SPD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. – Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir können jetzt über die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/8320** zum Dritten Nachtragshaushaltsgesetz Drucksache 14/7930 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Dritten Nachtragshaushalt in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen? – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die **Beschlussempfehlung angenommen** und der **Gesetzentwurf** eines Dritten Nachtragshaushaltsgesetzes **Drucksache 14/7930 in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

– Vielen Dank für Ihren Applaus. Da konnte ich husten.

Es geht jetzt um das Abrechnungsfondsgesetz. Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag Drucksache 14/8485** ab, auch von Bündnis 90/Die Grünen. Dieser Änderungsantrag ist in der Zwischenzeit verteilt worden; das habe ich gesehen. Damit brauche ich ihn nicht vorzutragen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP und der Abgeordnete Sagel, fraktionslos. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen von CDU, FDP und Herrn Sagel gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Ich darf dann abstimmen lassen über den Gesetzentwurf zum Abrechnungsfondsgesetz Drucksache 14/7940, und zwar entsprechend der **Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/8338**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die

Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf eines Abrechnungsfondsgesetzes in zweiter Lesung verabschiedet.

Gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die dritte Lesung des Entwurfs für das Dritte Nachtragshaushaltsgesetz unmittelbar im Anschluss an die zweite Lesung durchzuführen. Beratungsgrundlage für die dritte Lesung sind die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 14/8320. Eine Debatte zur dritten Lesung ist nicht vorgesehen.

Also stimmen wir direkt ab, und zwar über den Gesetzentwurf Drucksache 14/7930 entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/8320** ab. Diese Beschlussempfehlung empfiehlt, den Gesetzentwurf zum Dritten Nachtragshaushaltsgesetz in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer ist dafür? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagem. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/7930 in dritter Lesung verabschiedet.**

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7000, 14/7900

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/8000 – 14/8006,
14/8008, 14/8010 – 14/8015, 14/8020

Änderungsanträge
Drucksachen 14/8368 – 14/8449,
14/8451 – 14/8483

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2008 bis 2012 mit Finanzbericht 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 14/7001

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002, 14/7900

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8017

zweite Lesung

Als Tischvorlage liegen Ihnen insgesamt 115 Änderungsanträge der Fraktionen vor.

Ich weise auf das Beratungsverfahren hin, das die Fraktionen vereinbart haben. Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über den Änderungsantrag abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz stimmen wir morgen vor der Gesamtabstimmung ab.

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2009 in zweiter Lesung erfolgt ebenfalls morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Zwischen 12:30 und 14 Uhr finden sicherlich zu Ihrer Freude, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Abstimmungen statt.

Ich weise noch darauf hin, dass die Fragestunde nach der Beratung über den Einzelplan 03 aufgerufen wird. Nach der Beendigung der Fragestunde fahren wir mit der Beratung über den Einzelplan 02 fort. Die Haushaltsberatungen werden heute nach der Beratung über den Einzelplan 01 unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Jetzt komme ich zum

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Hier rufe ich zunächst auf:

Teilbereich Wirtschaft und Mittelstand

Ich weise darauf hin, dass es hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8008 gibt. Und es gibt Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.